EESC info
European Economic and Social Committee
A bridge between Europe and organised civil society

December 2021 | DE

Podcast – Die lokale Sicht – S2, E5: Ohne Medienfreiheit gibt es keine Demokratie

Die EU gilt zwar immer noch als der weltweit sicherste Ort für Journalisten, aber das könnte sich schnell ändern, wenn sich der derzeitige Trend zur Einschüchterung, Belästigung und sogar Ermordung von Reportern fortsetzt.

Bei uns zu Gast ist Investigativjournalist **Matthew Caruana Galizia**, dessen Mutter, **Daphne Caruana Galizia**, 2017 im Zuge von Recherchen zur Korruption in Malta brutal ermordet wurde.

Julie Majerczak, Leiterin des Brüsseler Büros von Reporter ohne Grenzen, hält die Ermordung von Journalistinnen und Journalisten nur für die Spitze des Eisbergs (seit 2015 gab es in der EU 16 solcher Mordfälle). Pressevertreter sähen sich zunehmend unterschiedlichen Formen von Druck, Missbrauch und Zensur ausgesetzt. Wir haben EWSA-Mitglied Christian Moos gefragt, warum die Verteidigung der Medienfreiheit für die EU so wichtig ist.

Was genau sollte die EU tun? Und sollten Haushaltssanktionen gegen Regierungen verhängt werden, die Kritik und Pressefreiheit unterdrücken? Darüber sprechen wir mit unseren Gästen in unserer neuesten Folge „Ohne Medienfreiheit gibt es keine Demokratie“.

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS

- DA
- EN
- ET
- FR
- EL
- GA
- HR
- IT
- LV
- LT
- HU
- MT
- NL
- PL
- PT
- FI
- RO
- SK
- SL
- SV

Available Languages:

ES | BG | CS | DA | EN | DE | ET | FR | EL | GA | HR | IT | LV | LT | HU | MT
NL | PL | PT | FI | RO | SK | SL | SV

GRUSSWORT



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang Oktober nahm die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm 2022 „Europa gemeinsam stärker machen“ an. Den Schwerpunkt bildet dabei der Aufbau einer gerechteren und widerstandsfähigeren Gesellschaft nach COVID-19 bei gleichzeitiger Beschleunigung des ökologischen und des digitalen Wandels. Ich freue mich zu sehen, dass viele unserer Empfehlungen aus der auf der Juni-Plenartagung verabschiedeten EWSA-Entschließung in dem Arbeitsprogramm berücksichtigt wurden.

Im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Prioritäten stehen die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050, die Gestaltung der digitalen Zukunft, die Förderung der einzigartigen sozialen Marktwirtschaft, der Aufbau einer wohlhabenden EU und die Stärkung der Stellung Europas in der Welt.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der EU. Deshalb hat sich der EWSA mehr denn je dem europäischen Grünen Deal verschrieben. Die nachhaltige Entwicklung sollte unsere geistige Richtschnur sein und die Grundlage für eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft mit einem Schwerpunkt auf dem Kreislaufprinzip bilden.
Für eine wirksame Digitalisierung müssen wir sicherstellen, dass die allgemeine und berufliche Bildung den Anforderungen des Zeitalters der künstlichen Intelligenz entspricht. Alle Unionsbürgerinnen und -bürger müssen die gleichen Chancen haben, um auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und im Alltag reagieren zu können.

Da nach der COVID-19-Pandemie die wirtschaftliche Erholung im Vordergrund stehen wird, kommt dem Unternehmertum im Hinblick auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Inklusion eine zentrale Bedeutung zu. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen ist jedoch ohne den sozialen und zivilen Dialog nicht möglich.

Auch eine gesunde Demokratie, die die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte achtet, ist ohne Dialog und ohne Zivilgesellschaft undenkbar. Wir sehen derzeit, dass es stärkerer Mechanismen bedarf, um Probleme im Zusammenhang mit dem zivilgesellschaftlichen Raum besser zu überwachen und diesen zu verteidigen. In Bezug auf die Demokratie müssen wir die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Vorrang des Unionsrechts zu wahren.

Schließlich kann vor dem Hintergrund der Konferenz zur Zukunft Europas und des unlängst angenommenen Arbeitsprogramms der Kommission nicht stark genug betont werden, wie wichtig die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung ist. Der EWSA wird sich auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit allen EU-Institutionen für gemeinsame Ziele zur Stärkung unserer Gesellschaften einsetzen.

Gemeinsam für die Zukunft Europas!

Christa Schweng

Präsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

6. Dezember 2021, Brüssel:
Die geopolitische Dimension des europäischen Grünen Deals

10. Dezember 2021, Brüssel:
Europäischer Verbrauchertag 2021

31. März bis 1. April 2022, Brüssel:
Your Europe, Your Say! 2022

ZUR SACHE

Zur Sache

In unserer Kolumne „Zur Sache“ befragen wir EWSA-Mitglieder zu Stellungnahmen zu wichtigen Themen mit Auswirkungen auf den Lebensalltag der Menschen in der EU.

Diesmal ist **Giuseppe Guerini** an der Reihe, der eine Stellungnahme zur Plattformwirtschaft mit besonderem Schwerpunkt auf Plattformgenossenschaften erarbeitet hat.



Giuseppe Guerini zur digitalen Plattformwirtschaft: Ein sich rasch ausweitendes Phänomen, das über die Grenzen der EU hinausweist

Digitale Plattformen schaffen einen „virtuellen Raum“ für Interaktion und Austausch, die über die bloße Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage weit hinausgehen. Dabei entstehen immer ausgeklügeltere Möglichkeiten der Kontrolle und des Einflusses auf die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern, Anbietern und Nutzern. Durch neue Dienstleistungen für die Kunden und neue Beschäftigungsmöglichkeiten bieten sie aber auch enorme Chancen für bahnbrechende Innovationen. Ermöglicht wird dies durch Profilingsysteme und eine umfassende Datennutzung mittels KI-Systemen und Algorithmen, die von den Plattform-Entscheidern verwaltet werden.

Im Zuge der Verbreitung dieses Phänomens sind vermehrt auch Formen entstanden, bei denen die Arbeitsbeziehungen über digitale Plattformen abgewickelt werden. Dabei kann es sich um eine selbstständige Tätigkeit handeln, ein diskontinuierliches Beschäftigungsverhältnis oder auch um eine abhängige Beschäftigung auf der Grundlage eines individuell angepassten Vertrags. Arbeitnehmergenossenschaften können in diesem Kontext ein interessantes Instrument sein, um die Beschäftigungsverhältnisse beständiger zu machen. Denn die Arbeitnehmer spielen in diesem Fall als Eigentümer sowohl der Plattform als auch der für ihren Betrieb notwendigen Algorithmen eine zentrale Rolle.

Was ist eine Plattformgenossenschaft?

Sie ist ein demokratisch und unter Beteiligung der Interessenträger geführtes Unternehmen in Form einer Genossenschaft, deren Produktion und Austausch von Waren und Dienstleistungen über IT-Infrastrukturen und Protokolle erfolgen, die mit verschiedenen stationären und mobilen Geräten interagieren.

Wie alle Genossenschaften gehören Plattformgenossenschaften denjenigen, die überwiegend von ihnen abhängig sind – in diesem Fall den Arbeitnehmern, Nutzern und anderen Interessenträgern. Ihnen obliegt auch auch die Leitung der Plattform. Natürlich geschieht dies im Rahmen entsprechender Vertragsverhältnisse der Mitglieder und zugleich Beschäftigten, sei es als abhängig Beschäftigte oder als Selbstständige.

Daher sollte die Umsetzung der europäischen Strategie für den digitalen Wandel auch Initiativen zur Förderung der Gründung von Genossenschaften umfassen, die digitale Plattformen betreiben. Damit wird auch der Kollektivbesitz von digitalen Diensten, Daten und technologischen Infrastrukturen gefördert. Vor dem Hintergrund der digitalen Arbeits- und Unternehmensorganisation werden ferner eine stärkere Diversifizierung des wirtschaftlichen Umfelds und eine Verbreitung der Wirtschaftsdemokratie ermöglicht. In der Stellungnahme wird auf einige Probleme in Bezug auf die Rechtssicherheit der auf den Plattformen interagierenden Arbeitnehmern und Verbrauchern hingewiesen. Daher müssen sowohl die Bedeutung des sozialen Dialogs als auch die mögliche und notwendige Rolle der Organisationen der Sozialwirtschaft anerkannt werden.

Mit dieser Stellungnahme leistet der EWSA genau zum richtigen Zeitpunkt einen kohärenten Beitrag zu den Bemühungen der Europäischen Kommission, die Plattformarbeit zu regulieren, aber auch zur umfassenderen internationalen Debatte über das Phänomen der Plattformgenossenschaften. Damit stellt der EWSA erneut unter Beweis, dass er den Finger am Puls der Zeit hat und die Interessen der europäischen Zivilgesellschaft und Sozialpartner gut vertritt.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an…“ sprechen wir mit Sophia Wiegand über ein Thema, das große öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat – die COP 26 in Glasgow.
„Hat die COP 26 in Glasgow die Erwartungen der jüngeren Generation, die aktiv wirksame Lösungen zur Bekämpfung der Erderwärmung einfordert, erfüllt?“
Sophia Wiegand hat den EWSA als Jugenddelegierte auf der COP 26 vertreten und koordiniert die Arbeitsgruppe des Europäischen Studierendenforums (AEGEE) zum Klimanotstand, die sich zum Ziel gemacht hat, junge Menschen über die Klimakrise zu informieren und sie in Lage zu versetzen, mit aktivem bürgerschaftlichem Engagement zum ökologischen Wandel beizutragen. Sie studiert internationale

Beziehungen an der Technischen Universität Dresden und beschäftigt sich in ihrer Abschlussarbeit mit dem Thema Friedenskonsolidierung im Umweltbereich.



Sophia Wiegand: Die COP 26 war eine Enttäuschung für junge Menschen, aber die Hoffnung bleibt

EWSA info: Hat die COP 26 in Glasgow die Erwartungen der jüngeren Generation, die aktiv wirksame Lösungen zur Bekämpfung der Erderwärmung einfordert, erfüllt?

Sophia Wiegand: Die Antwort ist ganz klar nein. Junge Klimaaktivisten haben sich in den letzten Jahren daran gewöhnt, von den Klimakonferenzen enttäuscht zu werden, aber wir hoffen trotzdem weiter. Angesichts der enormen Aufmerksamkeit, die der COP 26 geschenkt wurde, und des massiven Drucks der Zivilgesellschaft weltweit waren viele von uns zuversichtlich, dass dieses Gipfeltreffen die Klimaschutzanstrengungen in Richtung des 1,5 °C-Ziels erheblich voranbringen könnte.
Nach der COP 26 steuert die Welt jedoch immer noch auf eine Erderwärmung um 2,4 °C zu, auch wenn sich der Klimapakt von Glasgow zum 1,5 °C-Ziel bekennt. Für die Finanzierung der Klimafolgenanpassung, des Klimaschutzes und des finanziellen Ausgleichs der Verluste und Schäden der am stärksten gefährdeten Gemeinschaften fehlen immer noch Milliarden, doch umweltschädliche Subventionen für fossile Brennstoffe tragen weiterhin zur Ausbeutung der Menschen und zum Raubbau an unserem Planeten bei. Im Pakt von Glasgow wird zwar erstmalig erklärt, dass sich die Welt von der Kohle abkehren muss, allerdings ist nur von einem langsamen Herunterfahren und nicht von einem drastischen Ausstieg die Rede, wodurch erhebliche Schlupflöcher für die weitere Nutzung fossiler Brennstoffe geschaffen werden. Diese enttäuschenden Ergebnisse passen nicht zu den bewegten Reden während des Gipfels und untergraben massiv die Glaubwürdigkeit des gesamten COP-Prozesses.
Viele junge Menschen sind wütend, da durch versäumtes Handeln bewusst ihre Zukunft aufs Spiel gesetzt wird. Studien belegen, dass die meisten jungen Menschen von heute durch die Klimakrise mindestens einer klimabedingten Gefahr wie Hitzewellen, Wirbelstürme, Luftverschmutzung, Überschwemmungen oder Wasserknappheit ausgesetzt sein werden, wodurch Verletzungs- und Gesundheitsrisiken, die Gefahr, ihre Heimat verlassen zu müssen, sowie Risiken im Zusammenhang mit einer unzureichenden Ernährung und Arbeitslosigkeit zunehmen. Um die der heutigen jüngeren Generation drohende Katastrophe abzuwenden, sind ehrgeizigere und inklusivere Maßnahmen geboten.
Einige Ergebnisse der COP 26 wie die neu eingerichtete Zusammenarbeit zwischen den beiden größten Emissionsverursachern China und USA sowie die für das kommende Jahr beschlossene Nachbesserung der unangemessenen nationalen Klimaziele gehen sicherlich in die richtige Richtung. Um der Klimakrise Einhalt zu gebieten und die Zukunft unseres Planeten und der Menschen zu schützen, sind sie jedoch absolut unzureichend.
Sophia Wiegand

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Unser Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir in der Rubrik „Unser Überraschungsgast“ eine Persönlichkeit vor, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement ein Vorbild ist – und die wir für ihren Mut, ihre Zielstrebigkeit und ihren Idealismus bewundern.

Es handelt sich um Menschen, die zum Wandel unserer Lebenswirklichkeit beitragen. Für die Dezember-Ausgabe von EWSA info haben wir **Matthew Caruana Galizia** eingeladen. Er ist Investigativjournalist und Direktor der Daphne Caruana Galizia Foundation. Hier untersucht er die Umstände des Todes seiner Mutter Daphne Caruana Galizia, die 2017 im Anschluss an ihre Recherchen zur Korruption in Malta ermordet wurde. Matthew und seine Familie arbeiten unermüdlich, um die Täter nicht straflos davon kommen zu lassen und die Wahrheit über Daphnes Tod ans Licht zu bringen.



Matthew Caruana Galizia: Ich möchte sicherstellen, dass meine Mutter nicht umsonst gestorben ist

Exklusivinterview mit Matthew Caruana Galizia, Investigativjournalist und Direktor der Daphne Caruana Galizia Foundation in Malta.

„Ich arbeite für eine nach meiner Mutter Daphne Caruana Galizia benannte Stiftung in Malta. Daphne war 30 Jahre lang Journalistin und recherchierte zur Korruption auf höchsten Ebenen und zu sozialen Fragen in Malta. Sie wurde am 16. Oktober 2017 während einer ihrer wichtigsten Nachforschungen ermordet. Ich habe den Mord miterlebt. Und seither kämpfe ich gemeinsam mit meiner Familie um Gerechtigkeit für meine Mutter.“

EWSA info: Hat sich die Lage für Journalistinnen und Journalisten seit dem Tod Ihrer Mutter verbessert?

Matthew Caruana Galizia: Was Journalisten im Allgemeinen betrifft, so erkennt die Kommission nunmehr an, wie wichtig die investigative Tätigkeit ist und vor welch gravierenden Problemen wir stehen. Wir sind zwar auf dem richtigen Weg, aber ich glaube nicht, dass sich die Situation investigativer Journalisten ausreichend verbessert hat.

Journalisten werden bei der Untersuchung von organisierter Kriminalität, Korruption und Geldwäsche sicher immer besser. Durch jede neue gemeinsame Nachforschung werden sie wirksamer.

Die letzte derartige – im Übrigen unglaublich effektive und gut strukturierte – Recherche betrafen die Pandora Papers. Die daran beteiligten Personen haben mit sehr wenigen Mitteln fantastische Arbeit geleistet. Aber unsere Tätigkeit wird deswegen nicht einfacher wird, weil die Behörden weltweit große Mühe haben, im Kampf gegen die Korruption Schritt zu halten.

Wir sind bei der Entwicklung neuer Instrumente gegen organisierte Kriminalität und Korruption weltweit nur langsam vorangekommen. Und ja, das bedeutet, dass Journalisten, die Beweise und Berichte über Korruptionsfälle und das organisierte Verbrechen veröffentlichen, weiterhin ernsten Risiken ausgesetzt sind.

Wie kann die Zivilgesellschaft Investigativjournalisten unterstützen?

Sehr große und gut finanzierte Organisationen der Zivilgesellschaft sind in der Lage, investigative Tätigkeiten zu finanzieren und die Arbeit freiberuflicher Journalisten zu einer Reihe wichtiger Themen zu unterstützen.
Menschenrechtsorganisationen prangern Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und rechtliche Schikanen an, die zum Ziel haben, Journalisten zum Schweigen zu bringen.

Meine Familie hat enorme Unterstützung durch Organisationen der Zivilgesellschaft erfahren – und ohne diese Unterstützung hätten wir keine Fortschritte beim Kampf um Gerechtigkeit für meine Mutter erzielen können.
Allerdings hängen diese Organisationen ihrerseits von der Finanzierung durch europäische Organe und Institutionen, Privatpersonen, Mitglieder usw. ab.
NGOs werden verleumdet und diffamiert. Sie selbst werden zum Ziel von Angriffen. Deshalb müssen wir auch sie beschützen.

Was kann die Europäische Union noch tun, um ihr Engagement für die Pressefreiheit unter Beweis zu stellen?

Ich glaube, dass Journalisten und Menschenrechtler – alle, die das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen – mit der neuen Kommission nun einen Verbündeten haben. Ein weiterer Mitstreiter ist das Europäische Parlament, das einen Preis ins Leben gerufen hat, der nach meiner Mutter benannt ist: der Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus.

Dies zeigt eindeutig, wie eines der wichtigen Organe der EU den investigativen Journalismus unterstützt, und zwar auf reale, effektive und konkrete Weise.

Ich habe den Eindruck, dass die EU-Organe von den Mitgliedstaaten ausgebremst werden, denn diese versäumen es zum Beispiel, die Whistleblowing-Richtlinie und die Geldwäscherichtlinien umzusetzen.
In einigen Ländern der EU gibt es etwa kein öffentliches Register bezüglich der Beteiligung an Unternehmen. Zypern ist eines dieser Länder. Das erschwert natürlich die Arbeit von Journalisten.

Ich möchte wirklich sicherstellen, dass meine Mutter nicht umsonst gestorben ist. Das ist tatsächlich meine wichtigste Motivation: dass Lehren aus dem Mord an meiner Mutter gezogen werden, dass das Gleiche nicht erneut geschieht. Gleichwohl ist es bereits erneut geschehen, was zeigt, dass noch ein langer Weg vor uns liegt. Ján Kuciak wurde ermordet – ebenso wie ein Journalist in Griechenland und ein anderer in den Niederlanden. Es liegt also noch ein weiter Weg vor uns, aber die Richtung stimmt. Wir müssen diesen Weg entschlossen weitergehen.



Herman van Rompuy : Le vieux poète parle doucement

Nous sommes heureux de poursuivre la publication de la série de haïkus, sous le titre commun "Le vieux poète parle doucement", que nous a offerts leur auteur, Herman van Rompuy, ancien président du Conseil européen.

Arbres abattus
plus de tiges de printemps
En attendant le transport

Feuilles mortes
Plus nombreuses chaque jours dans les rues
l'automne tombe vite

La lumière est revenue
Apres la grisaille de la pluie
Un ciel d'espoir



Herman van Rompuy: The old poet speaks gently

We are delighted to host a new selection of haikus by Herman Van Rompuy, former President of the European Council, as part of our series "The old poet speaks gently".

These haikus were originally written in French.

Herman van Rompuy: The old poet speaks gently

Felled trees
no more spring stems
Waiting for transport

Dead leaves
More in the streets every day
autumn is falling fast

The light has returned
After the grey of the rain
A sky of hope

EWSA



Künftige Handelspolitik der EU muss offen, fair, inklusiv und nachhaltig sein

In seiner Plenardebatte zur künftigen Handelspolitik der EU in einer Welt im Umbruch betonte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), dass eine krisenfeste wirtschaftliche Erholung zum Wohl der Unternehmen und der Menschen nur möglich ist, wenn der Handel offen, fair, inklusiv und nachhaltig ist. Der Ausschuss unterstrich außerdem die wichtige Rolle der Welthandelsorganisation bei diesen Bemühungen.

Der Blick auf den Welthandel zeigt, dass die Erholung nach wie vor uneinheitlich verläuft.

Die Präsidentin des EWSA, **Christa Schweng**, erklärte: „Der Welthandel muss frei, fair, nachhaltig und berechenbar sein. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Unternehmen und die Menschen in Europa. Nur mit einem nachhaltigen Handel ist eine krisenfeste und dauerhafte wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie möglich.“

Auf der Oktober-Plenartagung des EWSA war auch der stellvertretende Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), Botschafter **Jean-Marie Paugam** zu Gast. Er betonte, dass das internationale Handelssystem im Angesicht der Pandemie seine Krisenfestigkeit bewiesen habe. „Zu Beginn der Pandemie wurden zwar vielerorts restriktive Handelsmaßnahmen ergriffen, doch schon recht bald haben die Staaten wieder auf Zusammenarbeit und Handelserleichterungen gesetzt.“

In der mit dieser Debatte verbundenen Initiativstellungnahme “Die nächste Generation von Kapiteln über Handel und nachhaltige Entwicklung – Überprüfung des 15-Punkte-Aktionsplans“ wird die klare Botschaft vermittelt, dass eine „wertebasierte Handelsagenda“ als unabdingbarer Bestandteil in der Handelsstrategie der EU verankert werden muss.

Berichterstatterin **Tanja Buzek** hob insbesondere hervor, dass den in den Kapiteln über Arbeit und Umwelt enthaltenen rechtsverbindlichen Zusagen nicht in vollem Umfang nachgekommen wird. „Wir schlagen eine ehrgeizige Überprüfung und einen neuen sanktionsbewehrten Ansatz für die Durchsetzung vor. Dazu gehören auch eine stärkere Überwachung durch die Zivilgesellschaft, der Einsatz innovativer Instrumente und mehr Druckmittel im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung."

Vertrauen, nicht Geld

Für **Jean-Marie Paugam** hat die Wiederherstellung des Vertrauens in das System Vorrang, da viele Akteure und Staaten schon seit langem dabei seien, dieses zu verspielen. „Zunächst müssen wir wieder ein Mindestmaß an Vertrauen schaffen, sonst können keine Verhandlungen stattfinden", erklärte der Botschafter und fügte an, dass das wertvollste Gut der WTO "non aes sed fides" sei – nicht Geld, sondern Vertrauen.

Mit Blick auf einen kürzlich in Borderlex veröffentlichten Artikel von **David Henig**, in dem als drei mögliche Szenarien für die WTO „Wiederbelebung, Zerfall oder Rückbildung" genannt wurden, entschied sich **Jean-Marie Paugam** für den „Wiederaufbau". Und genau deshalb müssten die EU und die europäische Zivilgesellschaft aktiv einbezogen werden, denn: „Ohne Zivilgesellschaft gibt es keine Nachhaltigkeit", so **Tanja Buzek**.

Christa Schweng bezeichnete zum Abschluss „die aktive Einbeziehung und Beteiligung aller Akteure der organisierten Zivilgesellschaft als Kernelement eines nachhaltigen Handelssystems, das dem Wohle der Menschen dient". (at)



Verletzungen der Freiheiten und Rechte des Schengen-Raums dürfen nicht folgenlos bleiben

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die von der Europäischen Kommission vorgelegte neue EU-Strategie für die Zukunft des Schengen-Raums. Gleichzeitig ruft er jedoch der EU und den Mitgliedstaaten die Verpflichtungen der Charta der Grundrechte ins Gedächtnis, die im Rahmen des Managements der Außen- und Binnengrenzen der Union, der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit sowie der Migrations- und Asylpolitik einzuhalten sind.

Der Aufruf zum Handeln in der Stellungnahme zu der neuen Strategie, die auf der Oktober-Plenartagung des EWSA verabschiedet wurde, gründet sich auf besorgniserregende Berichte über Grundrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU, die der EWSA für äußerst bedenklich hält.

„Wir fordern die Europäische Kommission und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache auf, sich diesen bedenklichen Punkten zuzuwenden und Abhilfe zu schaffen. Sie müssen den Berichten über Grundrechtsverletzungen unverzüglich nachgehen", erklärte der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Ionuţ Sibian**.

Der EWSA musste feststellen, dass die einheitliche Anwendung des Schengen-Raums in den vergangenen Jahren mit großen Problemen behaftet war. Die Flüchtlingskrise von 2015 hat die Mängel des EU-Ansatzes beim Management der Außengrenzen und der Migration offengelegt, aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden vorübergehend wieder Grenzkontrollen eingeführt bzw. die Grenzen zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten ganz geschlossen. Die Störungen des Schengen-Raums haben Unternehmen, Beschäftigten, den Bewohnerinnen und Bewohnern von Grenzregionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschadet.

Der EWSA betont, dass die regelmäßige und sorgfältige Überprüfung der Notwendigkeit und des Umfangs dieser Maßnahmen Sache der Kommission ist und diese gegebenenfalls tätig werden muss.

Außerdem wird der Rat in der Stellungnahme dazu aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, damit Bulgarien, Kroatien, Zypern und Rumänien nicht weiterhin von der uneingeschränkten Anwendung des Schengener Abkommens ausgeschlossen werden.

„Die Menschen in Zypern, Rumänien, Bulgarien und Kroatien sind nach wie vor eines Teils ihrer Rechte als Bürgerinnen und Bürger der EU beraubt, da sie vom Schengen-Raum ausgeschlossen sind. Der EWSA befürwortet ihre Einbeziehung. Diesen Ländern liegt viel daran. Außerdem kontrollieren Bulgarien, Kroatien und Rumänien ihre Außengrenzen bereits gemäß dem Schengener Grenzkodex“, so **Herr Sibian**.

Der EWSA spricht sich nachdrücklich dafür aus, den Schengener Grenzkodex mit Blick auf die Lehren aus der Pandemie zu überarbeiten. Außerdem fordert er die Stärkung des Konsultationsforums über Grundrechte und die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft über den EWSA. (ll)



In der Industriepolitik geht es jetzt um mehr als um die Behebung von Marktversagen

Wie die strategische Autonomie der europäischen Industrie am besten sichergestellt werden kann, stand im Mittelpunkt einer Debatte über die Industriepolitik auf der Oktober-Plenartagung des EWSA.

Am 21. Oktober diskutierte das EWSA-Plenum mit **Padmashree GEHL SAMPATH**, Berkman Klein Fellow an der Harvard-Universität. Es ging um die Frage, wie die Industriestrategie den doppelten Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft, den Neustart sowie die strategische Autonomie und die Resilienz Europas untermauern kann.

Als führende Expertin für Technologie, Entwicklung und internationale politische Ökonomie sprach sich **Padmashree Gehl Sampath** für eine neue Art öffentlicher Interventionen aus, die nicht einfach nur auf die Behebung von Marktversagen gerichtet sind, sondern den technischen Wandel in eine sozial produktive Richtung lenken.

„Es ist an der Zeit, mutig und unkonventionell über Industriepolitik nachzudenken“, so Gehl Sampath. *„Wir sollten nicht wiederholen, was schon in der Vergangenheit nicht funktioniert hat.“*

Der erste Schritt zur Gestaltung dieser neuen Industriepolitik sollte die Einsicht sein, dass der Rückgang des Unternehmertums, der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit, der in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu beobachten ist, ständig durch neue technologische Paradigmen und Trends in einer Vielzahl von Sektoren und Prozessen verstärkt wird. Die Unsicherheit in der Welt nach COVID-19 ist nicht allein eine Folge der Pandemie. Sie ist auch eine Widerspiegelung der vielfältigen Auswirkungen datengesteuerter Netze, der unfairen Verteilung der Vorteile der Digitalisierung in den vergangenen 15 Jahren, des auf den Staaten lastenden Drucks durch Klimawandel und Energiewende und der Verlangsamung – und sogar des zeitweiligen Zusammenbruchs – globaler Handels- und Lieferketten, die seit dem Beginn der Globalisierung in den 1980er Jahren sorgsam aufgebaut wurden.

Der zweite Schritt wäre die Konzipierung einer neuen Strategie, die auf drei mutigen Ansätzen beruhen sollte:

1) Die zunehmende Verflechtung zwischen den drei Megatrends der Zukunft – Gesundheitsfürsorge/Pandemieschutz, Umstellung der Energieversorgung/Klimaschutz und Datenwirtschaft – muss anerkannt und genutzt werden. Was wir nicht brauchen, ist eine Industriepolitik, die diese Megatrends gleichzeitig auf verschiedenen Pfaden verfolgt. Vielmehr ist eine Industriepolitik gefragt, die diese Transformationen als zirkulären Wandel begreift.

2) Im Technologiesektor sollte durch Fokus auf Marktstützung und Marktleistungsfähigkeit für Dynamik gesorgt werden. Das ist noch wichtiger als Markteintritt in all diesen Schlüsselsektoren, speziell bei Arzneimitteln und Impfstoffen, wo es derzeit starke Tendenzen zu Oligopolen gibt.

3) In der Industriepolitik muss es einen echten sektoralen Ansatz jenseits allgemeiner Zielrichtungen wie etwa der Wettbewerbspolitik geben. Obwohl diese Branchen alle zu den sehr forschungs- und entwicklungsintensiven High-Tech-Branchen zählen, die auf Innovationen und Anreize angewiesen sind, weisen sie dennoch völlig verschiedene Merkmale auf.

So stellte **Frau GEHL SAMPATH** die Frage in den Raum, ob die EU – wenn der Gesundheitsmarkt in Europa aufbauend auf den vorhandenen Stärken gefördert werden soll – ein öffentliches Programm für ein Ökosystem der Gesundheitsindustrie nach der Art des US-amerikanischen „Operation Warp Speed“ im direkten Gefolge von COVID auflegen könnte. Kann Europa etwas dafür tun, die Stärken seiner bestehenden Biotech-Unternehmen durch öffentliche Investitionsprogramme, wie sie auch zugunsten der Produktentwicklung eingesetzt werden, in größerem Maßstab umzusetzen?

Die Industriestrategie war in der jüngsten Zeit ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des EWSA. Momentan sind Webinare in Vorbereitung, in denen die wunden Punkte in der heutigen industriellen Landschaft unter die Lupe genommen werden. Zum Abschluss der Reihe Der Weg zu unserer industriellen Zukunft findet im März 2022 eine große Konferenz statt, auf der der EWSA seine Ergebnisse mit dem französischen EU-Ratsvorsitz und der Europäischen Kommission erörtern wird. (dm)



Rechtsstaatlichkeit in der EU: Umkehrung der negativen Tendenzen dank der Zivilgesellschaft

Die vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss veranstaltete Konferenz zum Thema Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit hat schwerwiegende Verstöße und negative Tendenzen in den vier Bereichen des europäischen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus (Justiz, Korruption, Medien und Gewaltenteilung) aufgedeckt. Der EWSA würdigte die Zivilgesellschaft als dynamischen Akteur bei der Verteidigung dieses Grundprinzips der EU.

Der Vorsitzende der GGR des EWSA, **Cristian Pîrvulescu**, unterstrich die Rolle der Zivilgesellschaft: *„Wir suchen das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft nicht nur pro forma, sondern hören ihnen tatsächlich zu, weil sie einen wesentlichen Beitrag zu diesen zentralen Fragen leisten“.*

EWSA-Vizepräsidentin **Giulia Barbucci** betonte: *„Die EU darf es nicht bei rechtlichen und politischen Reaktionen belassen. Wir müssen zudem zivilgesellschaftliche Akteure besser einbeziehen, da sie eine Brücke zwischen den Erwartungen der breiten Öffentlichkeit und den Institutionen schlagen“.*

Allerdings wurden die in diesem Bereich bereits bestehenden Herausforderungen durch die aktuelle Gesundheitskrise und die Maßnahmen der Behörden noch verstärkt. In dem Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit vom Juli 2021 werden diese negativen Tendenzen, aber auch einige positive Entwicklungen in bestimmten Mitgliedstaaten hervorgehoben.
Gašper Dovžan, slowenischer Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, fügte hinzu: *„Die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sollte niemals zu einem Problem werden oder niemals einer Krise zum Opfer fallen.“*

„Wir stehen jedoch vor vielen Aufgaben und haben noch einen weiten Weg vor uns“, so **Matthew Caruana Galizia**. Seine Mutter, die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia, wurde im Zuge von Recherchen zu Korruption, Geldwäsche und organisierter Kriminalität ermordet. *„Der Fall meiner Mutter zeigt leider deutlich, dass Mängel bei der Rechtsstaatlichkeit und eine weit verbreitete Korruption Straftaten sind, die stets Opfer fordern.“*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Rechtsstaatlichkeit für die Funktionsweise der EU insgesamt unabdingbar ist – insbesondere in puncto Glaubwürdigkeit, Resilienz und gegenseitiges Vertrauen.

Wie **Debbie Kohner** vom Europäischen Netzwerk von Nationalen Menschenrechtsorganisationen zusammenfasste, sind die vier Säulen des EU-Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit – Justiz, Freiheit und Pluralismus der Medien, Rahmen für die Korruptionsbekämpfung und andere Kontrollmechanismen – eng miteinander verknüpft.
Darüber hinaus unterstrich Nicole Romain von der EU-Grundrechteagentur, dass sämtliche institutionellen Akteure die Themen Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit der breiten Öffentlichkeit besser vermitteln müssten.

Eszter Nagy von den Europäischen Föderalisten betonte, dass die EU nun endlich umfassend Gebrauch von allen verfügbaren Instrumenten machen muss – und zwar in erster Linie von der Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität der Haushaltsmittel. (at)



Rolle der Zivilgesellschaft bei der wirtschaftlichen Erholung der EU muss präzisiert werden

In den meisten EU-Mitgliedstaaten erfordert die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne klarere Governance-Systeme. Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen zentraler, regionaler und lokaler Ebene ist nach wie vor unklar. Der EWSA schlägt diesbezüglich Alarm und betont in seiner Stellungnahme zur Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021, die von Gonçalo Lobo Xavier erarbeitet und auf der Oktober-Plenartagung verabschiedet wurde: Die Mechanismen zur Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner in die Umsetzung, Überwachung und Anpassung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne müssen genauer geregelt werden.

Der EWSA hatte bereits in seiner Februar-Entschließung auf dieses Problem hingewiesen, das aber trotz der Anstrengungen der Kommission immer noch akut ist. Der EWSA fordert daher nachdrücklich, diesen für die Erholung der Union entscheidenden Aspekten mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

„Die Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilizienzpläne müssen auch gemessen werden. Wir brauchen gute Überwachungsindikatoren, die für die Gestaltung der künftigen Entwicklung und für die Erholung der EU von zentraler Bedeutung sind. Die Mitgliedstaaten müssen auf diese Herausforderung angemessen reagieren. Wir müssen mutig sein und die Bürgerinnen und Bürger auf die enormen Schwierigkeiten hinweisen, die vor uns liegen“, so **Lobo Xavier** in der Debatte.

In einer von **Kristi Sõber** erarbeiteten Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2021 macht der EWSA zudem deutlich, dass die Pandemie noch nicht vorüber ist und die wirtschaftlichen Auswirken noch auf Jahre zu spüren sein werden. Daher ist ein spezifischer und neuartiger, breiter Politikansatz zur Soforthilfe erforderlich. Die Wirtschaften der EU und des Euroraums wachsen wieder rasch. Gleichzeitig befindet sich die EU jedoch in der schwierigsten Phase der wirtschaftlichen Integration Europas. Diese kritische Lage kann nur durch Ausgaben der öffentlichen Hand entschärft werden.

Der EWSA begrüßt die rasche Reaktion der EU und der Mitgliedstaaten auf die Pandemie sowie die Tatsache, dass gemeinsame Anstrengungen zu einem zentralen Bestandteil der Aufbaustrategie geworden sind. „Insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2020 trugen die Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise vor allem durch die Stabilisierung der Märkte, der Beschäftigung und der privaten Einkommen dazu bei, die sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abzumildern“, so Berichterstatterin **Sõber** im Plenum. „Auf diesen ersten Schritt folgte NextGenerationEU als robuster und höchst innovativer fiskalpolitischer Beitrag. Beide Initiativen sind eine schnelle und flexible Antwort auf die Pandemie.“ (mp)



EWSA appelliert an die Kommission, die Auswirkungen von 5G auf Gesundheit und Umwelt im Blick zu behalten

Die Europäische Kommission sollte eine Bewertung der vielfältigen Auswirkungen der neuen 5G- und 6G-Technologien vornehmen, denn es sind Instrumente und Maßnahmen erforderlich, um Risiken und Schwachstellen zu begegnen. In der von Dumitru Fornea erarbeiteten und auf der Oktober-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme bezieht der EWSA klar Stellung: Soziale, gesundheitliche und ökologische Fragen müssen unter Einbeziehung der Bürger und aller relevanten Akteure geprüft werden, unbeschadet der kontroversen politischen Debatte, die sich rund um den 5G-Netzausbau entsponnen hat.

Dumitru Fornea stellte am Rande der Plenartagung fest, dass sich die rasche Digitalisierung und Entwicklung der elektronischen Kommunikation tiefgreifend auf unsere Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft auswirken. Die verantwortungsvolle Nutzung dieser Technologien wäre eine historische Chance für die Menschheit, eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Allerdings könnte uns die Beherrschung dieser Technologie in der Zukunft auch vor erhebliche Probleme stellen, wenn nachlässig gehandelt wird und es keine demokratische Kontrolle gibt.

Die Pandemie hat gezeigt, dass die elektronische Kommunikationsinfrastruktur wichtig für die Gesellschaft ist und die Lebensqualität der Menschen erheblich verbessern sowie einen direkten Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten kann. Allerdings müssen potenzielle Gefahren kontinuierlich bewertet werden. Der EWSA empfiehlt deshalb, europäische und nationale Mittel in eingehendere multidisziplinäre Forschungen und Folgenabschätzungen zu investieren, in denen es vor allem um Mensch und Umwelt geht. Ihre Ergebnisse sollten veröffentlicht werden, damit die Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger informiert sind. (mp)



EWSA sieht Nachbesserungsbedarf bei Kommissionsinitiative für umweltfreundliche Luftfahrt

Die neue Initiative der Europäischen Kommission, mit der die Entwicklung des Markts für nachhaltige Flugkraftstoffe beschleunigt werden soll, ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch muss noch nachgebessert werden, damit sie wirksam umgesetzt werden kann, ohne Wettbewerbsverzerrungen auszulösen. Dies ist die wesentliche Botschaft der Stellungnahme zu dem Vorschlag RefuelEU Aviation, die Thomas Kropp ausgearbeitet hat und die auf der Oktoberplenartagung verabschiedet wurde.

„Wenn nachhaltige Flugkraftstoffe in ausreichenden Mengen hergestellt und allen Fluggesellschaften zur Verfügung stehen würden, könnten sie tatsächlich erheblich zur Senkung der CO_2-Emissionen des Luftverkehrs beitragen. Es ist jedoch nicht klar, ob mit dem von der Kommission verfolgten Ansatz Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden“, so **Thomas Kropp**.

Die Luftfahrt ist eine Branche, die ihre Dienstleistungen weltweit erbringt. Zwei Märkte mit unterschiedlicher Marktdynamik sind hier relevant: einerseits der europäische Binnenmarkt bzw. der EWR und andererseits der internationalen Regelungen unterliegende Weltmarkt. Dieser Unterschied sollte im Vorschlag der Kommission klar herausgestellt werden. Wichtig ist, dass die Beibehaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen im EWR angestrebt wird und auf internationaler Ebene anwendbare Nachhaltigkeitsstandards aktiv vorangetrieben werden.

Zum Thema CO_2-Emissionen hat **Thomas Kropp** die Stellungnahme „Mitteilung im Rahmen des Systems zur Verrechnung und Reduzierung von Kohlenstoffdioxid für die internationale Luftfahrt (CORSIA)“ erarbeitet, die ebenfalls auf der Oktoberplenartagung verabschiedet wurde. Der EWSA unterstützt darin den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG in Bezug auf die Mitteilung der Kompensation im Jahr 2021 und spricht sich für dessen umgehende Annahme aus, um Rechtssicherheit zu schaffen. (mp)



EWSA: EU muss Prioritäten überdenken und die sichere und nachhaltige Lebensmittelversorgung zum Top-Thema machen

Angesichts der jüngsten durch COVID-19, klimawandelbedingte Wetterextreme, Cyberangriffe und den Brexit verursachten Ereignisse ist eine Neuausrichtung erforderlich. So sollten die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der EU-Lebensmittelsysteme verbessert werden, indem ihre Autonomie gestärkt wird. Denn Ernährungssicherheit ist für viele EU-Bürgerinnen und -Bürger keine Selbstverständlichkeit.

Nach Auffassung des EWSA muss ein Instrumentarium entwickelt werden, das Risikomanagementmaßnahmen umfasst, damit die Lebensmittelversorgungsketten Extremsituationen bewältigen und Behörden, Landwirte und Industrie unverzüglich tätig werden können.
In seiner Initiativstellungnahme „Strategische Autonomie sowie Sicherheit und Nachhaltigkeit der Lebensmittelversorgung“ schlägt der EWSA eine Definition der offenen strategischen Autonomie für Lebensmittelsysteme vor, die auf den Aspekten Lebensmittelerzeugung, Arbeitskräfte und fairer Handel beruht. Das übergeordnete Ziel ist eine sichere, nachhaltige Ernährung der EU-Bevölkerung durch eine faire, gesunde, nachhaltige und widerstandsfähige Lebensmittelversorgungskette.
Klaas Johan Osinga, Berichterstatter für diese EWSA-Stellungnahme, erklärte dazu: „Landwirtschaftliche Betriebe und fruchtbare Agrarflächen und Wasserressourcen sind von strategischer Bedeutung und müssen in der gesamten EU geschützt werden: Sie bilden das Rückgrat unserer offenen strategischen Autonomie im

Lebensmittelbereich“. (mr)



EWSA: Eine nachhaltige und ausgewogene ländliche und städtische Entwicklung ist der Schlüssel zum Wohlergehen der EU-Bürger

Der EWSA fordert die politischen Entscheidungsträger auf, eine umfassende und ganzheitliche Strategie für eine ausgewogene, kohärente, gerechte und nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung umzusetzen. Dies erfordert die Stärkung der Rolle der lokalen Gemeinschaften, die Förderung traditioneller Wirtschaftszweige und die Schaffung neuer Wirtschaftstätigkeiten und Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Land bei gleichzeitiger Förderung von Synergien mit städtischen Gebieten.

Der EWSA spricht in seiner Stellungnahme „Eine ganzheitliche Strategie für nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung“ mehrere Empfehlungen aus, die sich auf die Einbeziehung verschiedener Interessenträger und einen „Bottom-up“-Ansatz als wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Politik des ländlichen Raums und die Eigenverantwortung der lokalen Ebene für diese Politik stützen.

Ausschlaggebend sind eine horizontale Koordinierung und maßgeschneiderte Maßnahmen.

„Bei den verschiedenen Maßnahmen mit Auswirkungen auf den ländlichen Raum ist ein integrierter Handlungs- und Finanzierungsansatz erforderlich. Es muss dafür gesorgt werden, dass ländliche Gebiete nicht nur zukunftsfähig, sondern auch lebenswert sind. Die Lebensqualität in den ländlichen Gebieten wird sich an der Zahl neu zugezogener junger Menschen und neuer Initiativen für hochwertige, gut bezahlte Arbeitsplätze messen lassen“, betonte Berichterstatter **Josep Puxeu Rocamora**. (mr)



EWSA fordert Reform der EU-Haushaltsregeln

Der haushaltspolitische Rahmen der EU muss neu gestaltet werden, nicht nur, um die Wirtschaft mittelfristig zu stabilisieren, sondern auch um den sozioökologischen Wandel unserer Wirtschaft zu finanzieren und Vollbeschäftigung, gute Arbeitsplätze und gerechte Übergänge zu gewährleisten. Die Botschaft der auf der Oktober-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme von Dominika Biegon ist klar: Die Europäische Kommission muss auf eine Überarbeitung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung drängen.

Während der Aussprache erklärte Berichterstatterin **Biegon**: *„In Bezug auf den künftigen haushaltspolitischen Rahmen der EU setzt sich der EWSA für pragmatische Lösungen ein. Unsere Stellungnahme zeigt, wie ideologische Unterschiede in der Debatte über Staatsschulden überwunden werden können. Die EU-Haushaltsregeln können auch ohne eine Überarbeitung der EU-Verträge erheblich verbessert werden. Wir können der chronischen Knappheit an öffentlichen Investitionen ein Ende setzen und den Mitgliedstaaten mehr Spielraum geben, damit sie Konjunkturrückgänge in Zukunft adäquat abfedern können, ohne die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden. Die EU-Institutionen sollten keine Zeit verlieren und Reformen vorschlagen, um den Weg für einen nachhaltigen Aufschwung und einen gerechten Übergang zu ebnen.“*

Auch die Organisationen der Zivilgesellschaft müssen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene stärker in das Europäische Semester einbezogen werden. Das Partnerschaftsprinzip, das seit Langem bei der Verwaltung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds angewandt wird, sollte als Vorbild für eine wirksame Einbeziehung der Zivilgesellschaft dienen. (mp)



Nachhaltige Werbung als Impulsgeber für den ökologischen Wandel in Europa

In einer auf der Oktober-Plenartagung verabschiedeten Initiativstellungnahme sieht der EWSA Maßnahmen für die Werbung vor, damit sie sich an die Herausforderungen des Klimawandels und der Erholung nach der Pandemie anpassen und gleichzeitig ihre wichtige Funktion für die europäischen Wirtschaft und Kultur beibehalten kann.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss empfiehlt einen Rahmen für eine moderne Werbebranche, die weiterhin eine grundlegende Rolle für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung der europäischen Kultur spielt und zugleich ein verlässlicher Hebel für verantwortungsvollen Konsum wird.

Verschiedenen Studien zufolge generiert jeder in die Werbung investierte Euro einen fünf- bis siebenmal so großen Mehrwert für die europäische Wirtschaft. Neue Produkte und Dienstleistungen werden verbreitet, der Wettbewerb wird ausgeweitet und der öffentliche Zugang zu Medien, Kunst und Sport finanziert. Zugleich wird häufig kritisiert, dass die Werbebranche Überkonsum fördere und negative Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt habe.

„Wir wollen beleuchten, wie sich diese Branche weiterentwickeln sollte, um effizient, zugleich aber auch mit der nachhaltigen Entwicklung vereinbar zu bleiben“ erklärt **Thierry Libaert**, Berichterstatter der Stellungnahme.

Zunächst fordert der EWSA die Unternehmen und Agenturen zur Diskussion darüber auf, wie ihre

Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % gesenkt und bis 2050 klimaneutral gemacht werden können.

Nachhaltigkeit sollte in jeder Werbekampagne thematisiert werden. In der Praxis könnten Werbeunternehmen dazu aufgerufen werden, den Energieverbrauch von digitalen Anzeigetafeln zu senken oder sie recyclingfähiger zu machen. Um die Umweltauswirkungen von gedruckter Werbung zu begrenzen, könnten Unternehmen auf Papier mit PEFC- und FSC-Gütesiegel aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und auf Farben mit geringer Toxizität gemäß EU-REACH-Verordnung bzw. den GreenGuard-Normen umstellen.

Werbepraktiken können die Verbraucher auch dazu bewegen, ihren gemeinsamen ökologischen Fußabdruck zu verringern. Die Werbung könnte beispielsweise das Car-Sharing fördern, indem sie weniger Fahrer zeigt, die allein im Auto sitzen. Bewährte Verfahren sollten durch einen stärkeren Fokus auf Umweltthemen in Hochschulstudiengängen für Kommunikationsberufe verstärkt werden.

Überfällig ist auch die Diskussion über unrealistische Werbeaussagen, wenn etwa schädliche Einwegprodukte als „nachhaltig“ bezeichnet werden. In einer Studie der nationalen Verbraucherbehörden und der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2020 wurde nämlich festgestellt, dass 42 % der Angaben zu „grünen“ Produkten auf Unternehmenswebsites falsch bzw. übertrieben waren.

Mit einem breiteren Konsens der Werbebranche, faktengestützte, genaue Informationen bereitzustellen, könnten mehr Verbraucher Produkte mit tatsächlich geringeren Umweltauswirkungen als solche erkennen. Hier spielt die Europäische Kommission eine Rolle bei der Ausarbeitung einer EU-weiten Regulierung, die die Werbebranche bei der Bekämpfung von Desinformation unterstützt.

Der Ansatz sollte auch Anreize für Werbungtreibende bieten, die sich von sich aus an diese Standards halten. Die Unterstützung würde das Risiko verringern, dass Werbungtreibende zu ausländischen Technologieunternehmen abwandern, die einen Großteil der digitalen Werbesysteme kontrollieren, und eine Branche stärken, die für den Übergang Europas zu einem nachhaltigeren Konsum nach wie vor von zentraler Bedeutung ist. (dm)



Eine nachhaltige Industriestrategie für die EU kann nur ein Erfolg werden, wenn sie inklusiv ist und die sozialen Auswirkungen im Blick behält

Eine Industriestrategie für die Zeit nach der Pandemie muss die Zivilgesellschaft einbeziehen, betont der EWSA in seiner jüngsten Stellungnahme zu dem Entwurf einer neuen Industriestrategie der EU. Sie muss sich auf Nachhaltigkeit und Wohlergehen konzentrieren, die sozialen Auswirkungen messen und ein effizientes, zugängliches Gesundheitssystem fördern.

Die COVID-19-Pandemie hat etliche Schwachstellen der europäischen Wirtschaft aufgedeckt, darunter insbesondere regionale Ungleichheit, Qualifikationslücken, Risiken für den Binnenmarkt und die Versorgung mit strategischen Gütern. Diese Erkenntnisse flossen in die Aktualisierung der neuen Industriestrategie mit ein. Sie ist das Konzept der Europäischen Kommission für eine grünere, digitalere und wettbewerbsfähigere Industrielandschaft in Europa.

Der EWSA hat eine Stellungnahme zu der Aktualisierung und eine zusätzliche Stellungnahme erarbeitet, in der er die Voraussetzungen für ein inklusives und innovatives Gesundheitsökosystem skizziert, das die Industrie in der EU unterstützen kann.

In der vorgenannten Stellungnahme dringt der EWSA darauf, dass alle für die Wirtschaft Europas maßgeblichen Akteure – von Gewerkschaften, Industrie und KMU bis hin zu den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Behörden – in die Gestaltung der Zukunft der europäischen Industrie einbezogen werden müssen. Die derzeitige Strategie konzentriert sich auf die Wirtschaft. Allerdings ist es aus Sicht des EWSA unerlässlich, die Perspektiven der Sozialpartner in die Ausformung der Ziele, Vorgaben und Indikatoren, die für eine erfolgreiche Umstrukturierung unabkömmlich sind, einzubeziehen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die Wettbewerbsfähigkeit nicht der einzige Indikator für eine tragfähige Langzeitstrategie sein kann. Gefragt sind wesentliche Leistungsindikatoren, die breiter greifen als diejenigen, die in der vorgeschlagenen Strategie genannt werden. Mit Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen ist es nach Ansicht des EWSA noch nicht getan. Die wesentlichen Leistungsindikatoren müssen auch das soziale Wohlergehen und nachhaltiges Wachstum abbilden, um die europäische Industrie wirklich nachhaltig zu machen.

Wichtige zu messende Größen sind die Auswirkungen der Arbeits- und Produktionsbedingungen auf Gesellschaft und Umwelt sowie die Qualität der Arbeitsplätze.

Andere Indikatoren wiederum könnten den Übergang zu einer abfallarmen Kreislaufwirtschaft messen. Schließlich sollten auch branchenübergreifende Faktoren wie Investitionen in Forschung und Entwicklung überwacht werden, damit Unternehmen und Arbeitsplätze möglichst von Dauer sind.

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) sind EU-weite Projekte zur Unterstützung der Entwicklung von Innovationen, die für den grünen und digitalen Übergang bedeutungsvoll sind. Der EWSA ist der Auffassung, dass es auch und vor allem des Know-hows der Arbeitnehmerorganisationen bedarf, um diese Projekte gut umzusetzen. Weiterhin müssen IPCEI auf ihren Mehrwert und ihren beschäftigungspolitischen Beitrag hin untersucht werden, auch in Bezug auf die Kompetenzen, die Arbeitnehmer und Unternehmen in den modernisierten Branchen benötigen werden.

Normen sind ein weiteres wichtiges Instrument, damit Europa wieder ein führender Industriestandort wird. Der Ausschuss betont, dass die von europäischen Unternehmen entwickelten Normen nicht nur von den Unternehmen selbst verbreitet werden sollten: Auch die Kommission sollte hinter ihnen stehen und sich für ihre Verbreitung einsetzen.

In der zusätzlichen Stellungnahme wird untersucht, wie mithilfe der Strategie eine gerechtere und besser koordinierte Gesundheitsversorgung in Europa geschaffen werden könnte.

Der EWSA empfiehlt, vordringlich auf Governance, Angebotsdiversifizierung und digitale Gesundheitsversorgung zu setzen – Aspekte, die alle miteinander verflochten sind. Besser geführte Unternehmen würden zu einem reibungsloser funktionierenden Binnenmarkt und zur Erschließung neuer

Geschäftsfelder beitragen. Eine größere Zahl von Herstellern wiederum würde den Zugang zu Gesundheitsgütern und -dienstleistungen zuverlässiger machen, und auch Anreize, die Produktion unverzichtbarer Materialien und Produkte nach Europa zurückzubringen, hätten diesen Effekt.

Maßnahmen zum Aufbau digitaler Gesundheitssysteme, die organisations- und grenzüberschreitend funktionieren, würden den Binnenmarkt für die Industrie weiter stärken und die Pflege verbessern. Aus denselben Gründen fordert der EWSA Maßnahmen zur Förderung von Synergien zwischen den Behörden und der Privatwirtschaft, Großunternehmen und KMU sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung und in die Ausbildung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen. (dm)



EWSA fordert neue Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Glasindustrie

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert angesichts des Dialogs über den Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft mehr Maßnahmen zum Schutz der europäischen Glasindustrie.

Der EWSA fordert die politischen Entscheidungsträger der EU auf, die Glasindustrie in den Mittelpunkt der aktuellen politischen Prioritäten zu stellen, darunter im Paket „Fit für 55“, im Paket zur Kreislaufwirtschaft, in der Digitalen Agenda, in der strategischen Agenda für Wertschöpfungsketten sowie in der internationalen Handelspolitik der EU und den entsprechenden Instrumenten.

Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** begrüßt die Maßnahmen der EU, die der Glasindustrie helfen, den Übergang zu bewältigen, und letztlich eine klimaneutrale Gesellschaft ermöglichen werden. Er sieht in der Renovierungswelle der EU ein enormes geschäftliches Potenzial für Glasprodukte. Sie wird Investitionen auslösen und außerdem erheblich zur Verringerung der CO_2-Emissionen von Gebäuden beitragen. Der EWSA befürwortet ebenso nachdrücklich eine Energiewende in der Glasindustrie selbst. Sie soll finanzielle Unterstützung für ihre Kapital- und Betriebsausgaben erhalten und keinem unlauteren Wettbewerb aus Drittmärkten ausgesetzt sein.

In einer auf seiner Oktober-Plenartagung zu diesem Thema verabschiedetenInitiativstellungnahme fordert der EWSA parallele Maßnahmen, um eine umweltfreundlichere, energieeffiziente Glasindustrie zu schaffen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und gute Arbeitsplätze zu erhalten.

„Glas ist allgegenwärtig: von der Mobilität bis zur Baubranche, von der Verteidigung bis hin zu Smartphones. Um das Potenzial der neuen Märkte für Glas voll auszuschöpfen und gleichzeitig den Herausforderungen des ökologischen und digitalen Wandels gerecht zu werden, braucht die EU eine Industriestrategie für Glas“, so Berichterstatter **Aurel Laurenţiu Plosceanu**.

Der EWSA fordert die Kommission und das Parlament auf, neue Maßnahmen der EU in Bezug auf die Klimaziele und die strategischen Wertschöpfungsketten zu entwickeln, damit die Produktion von Solarzellen

in Europa wieder aufgenommen wird und die Produktion weiterer strategischer Glasprodukte und deren Wertschöpfungsketten gesichert werden.

Der EWSA stellt fest, dass die Glasindustrie der EU am Scheideweg steht. Einerseits muss sie den Strukturwandel bewältigen, der mit dem digitalen und dem ökologischen Wandel einhergeht. Die Produktion muss in drei Jahrzehnten kohlenstoffneutral und kreislauforientiert werden, und zugleich werden die Verfahren in den kommenden Jahren noch weiter automatisiert und digitalisiert.

Andererseits wird die Glasindustrie aber auch ein Vorreiter dieses Wandels sein. In den kommenden Jahren werden sich viele neue Geschäftsfelder für Glasprodukte eröffnen.

„Die EU sollte Glas als beständiges Material einstufen und seinen Wert für nachhaltige Verpackungssysteme und die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft anerkennen. Es besteht großes Potenzial für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Glasrecycling und für die Gewinnung neuer talentierter Arbeitskräfte“, sagte **Gerald Kreuzer**, Mitberichterstatter für die Stellungnahme.

Nach Auffassung des EWSA sollte die EU bedenken, dass Glas für die Erzeugung von grüner Energie unverzichtbar ist. (ks)



Blended Learning: Nicht zulasten eines gleichberechtigten Zugangs, vollständiger Bildungswege und sozialer Kompetenzen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) äußert Vorbehalte gegenüber dem jüngsten Vorschlag der Kommission zur Einführung von Blended Learning – herkömmlichem lehrkraftgeführten Unterricht in Kombination mit Online- oder anderen selbständigen Lernmethoden – in der Primar- und Sekundarschulbildung und stellt den dafür geplanten Zeitpunkt angesichts der enormen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Bildungssysteme in Europa und anderswo in Frage.

In seiner auf der Oktober-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme zum Blended Learning fragt sich der EWSA außerdem besorgt, ob diese Lernmethode für Schülerinnen und Schüler der Primar- und der unteren Sekundarschulklassen geeignet ist, da jüngere Kinder – insbesondere in den unteren Grundschulklassen – in der Regel für selbständiges Lernen noch nicht reif genug sind; stattdessen sollte Blended Learning zunächst in den höheren Schulklassen eingeführt werden.

„Wir bezweifeln, dass dies der richtige Zeitpunkt ist, um Blended Learning in der Schule einzuführen beziehungsweise sich dafür nachdrücklich dafür einzusetzen. Die COVID-19-Pandemie hatte enorme Auswirkungen auf die Bildungssysteme und – vor allem jüngere – Kinder, die erst seit Kurzem zur Schule gehen. Blended Learning umfasst auch eigenständiges Lernen, das bestimmte Kompetenzen erfordert,“ erläuterte die Berichterstatterin für die Stellungnahme **Tatjana Babrauskienė**.

Der EWSA erkennt zwar an, dass Blended Learning den Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung und digitalen Kompetenzen verbessern kann, wie während der COVID-19-Krise zu beobachten war.

Die Pandemie hat jedoch auch gezeigt, dass es einigen Schülerinnen und Schülern an den – praktischen oder persönlichen – Mitteln für diese Lernmethode fehlt, so dass sie schlimmstenfalls die Schule abbrechen. Darüber hinaus wurde deutlich, dass Unterricht mit engen Kontakten zu Gleichaltrigen für die Sozialisierung und psychische Gesundheit von Kindern unerlässlich ist.

„Wir dürfen den Wert der sozialen Rolle der Bildung nicht unterschätzen. Wir dürfen nicht nur an die Naturwissenschaften, Physik oder Mathematik denken: Ganz wichtig ist, dass Kinder mit verschiedenen Lebenshintergründen zusammen zur Schule gehen und dort Gleichaltrige treffen. Auch Sportunterricht und die psychische Gesundheit zählen,“ erklärte der Mitberichterstatter **Michael McLoughlin**.

Der EWSA hat 21 Empfehlungen dazu abgegeben, wie die positive Rolle von Blended Learning in der Bildung gewährleistet werden kann. Wichtig ist dabei die Umsetzung und Finanzierung, um die allgemeine und berufliche Bildung für alle Schülerinnen und Schüler sowie insbesondere für Kinder aus einkommensschwächeren Familien, Kinder mit Behinderungen und Kinder in ländlichen Gebieten zu verbessern.

In der COVID-19-Krise wurde deutlich, dass Blended Learning erhebliche Zeit und Kreativität seitens der bereits überlasteten Lehrkräfte erfordert, die für dessen erfolgreiche Gestaltung und Begleitung von zentraler Bedeutung sind.

In Europa herrscht bereits heute ein Lehrkräftemangel – zum Teil auch aufgrund ihrer Bezahlung und schwierigen Arbeitsbedingungen. Daher müssen die Auswirkungen von Blended Learning auf die Bedingungen und die Arbeitsbelastung überwacht werden, um so Burnouts zu vermeiden. Der EWSA fordert die nationalen Behörden auf, die Lehrkräfte bei der Ausbildung für diese neue Lernmethode zu unterstützen, damit sie nicht noch stärker belastet werden. (ll)



Mehr Bedarf an hochwertiger Langzeitpflege

Durch die überhöhten Sterblichkeitsraten während der derzeitigen Pandemiekrise sind in den Pflegeheimen strukturelle und systemische Probleme zutage getreten. Darüber hinaus machen der Anstieg der Lebenserwartung und die daraus in den kommenden Jahren zu erwartende Zunahme der Zahl älterer Menschen deutlich, dass das Betreuungsmodell reformiert werden muss.

Zu den wichtigsten der während der Anhörung des EWSA „Auf dem Weg zu einem neuen Betreuungsmodell für ältere Menschen: Lehren aus der COVID-19-Pandemie“ ermittelten Herausforderungen zählt die Frage, wie sich bessere Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit und Qualität der Pflege sowie eine angemessene Zahl von Pflegekräften mit verbesserten Arbeitsbedingungen gewährleisten lassen. Beiträge aus dieser Anhörung

werden in eine vom EWSA derzeit zu diesem Thema erarbeitete Initiativstellungnahme einfließen.

Der für die Stellungnahme zuständige Berichterstatter, **Miguel Ángel Cabra de Luna**, erklärte: „Diese Stellungnahme soll kein umfassendes Konzept für das Altern bieten, sondern sich auf die Frage der Betreuung älterer Menschen konzentrieren, da diese am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffen sind.“

Während der Anhörung wurden unterschiedliche Modelle für die Gesundheitsversorgung aus den Mitgliedstaaten vorgestellt und die verschiedenen Ansätze und pandemiebedingten Schwierigkeiten aufgezeigt.

Laut dem von der Kommission und dem Ausschuss für Sozialschutz 2021 erstellten Bericht über die Langzeitpflege dürfte die Nachfrage nach Langzeitpflege aufgrund der Bevölkerungsalterung deutlich zunehmen. Die Zahl der über 65-Jährigen wird in den kommenden 30 Jahren voraussichtlich um 41 % auf 130,1 Millionen steigen.

Maciej Kucharczyk, Generalsekretär der AGE-Plattform Europa, erklärte: „Die Entwicklung guter Pflegesysteme ist eine Chance. Betreuungsleistungen fördern Autonomie, Unabhängigkeit und Lebensqualität der Menschen.“

Tuscany Bell vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) betonte: „Um Pflegebedürftige angemessen zu versorgen, brauchen wir adäquate Arbeitsbedingungen und ausreichend qualifiziertes Personal. Tatsächlich kümmert sich eine zu geringe Zahl von Pflegekräften um zu viele Menschen.“

Da aktives Altern eine bereichsübergreifende Frage ist und auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik berührt, müssen Sozial- und Gesundheitsdienste koordiniert werden, um die Langzeitpflege leichter zugänglich zu machen und älteren Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. (at)



Bleiben Sie dran – und bleiben wir in Kontakt!

Das Seminar „Connecting EU 2021“ in Lissabon ist vorbei. Zum 14. Mal haben wir mit Kommunikationsfachleuten der organisierten Zivilgesellschaft und Pressereferenten über das Europa unserer Träume gesprochen. Jetzt ist es an der Zeit, den Traum von einem starken, sicheren, fairen, inklusiven und hoffnungsvollen Europa wahr werden zu lassen.

Wir danken all unseren Gästen, Rednerinnen und Rednern, Moderatorinnen und Moderatoren, Journalistinnen und Journalisten, EWSA-Mitgliedern, Kolleginnen und Kollegen sowie Freundinnen und Freunden für diese intensive und kreative Zeit im wunderschönen Lissabon. Wir alle können auf unseren gemeinsamen Erfolg stolz sein.
Bleiben wir in Kontakt – und bleiben Sie dran!

EWSA-Pressereferat

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Stärkerer Einsatz der künstlichen Intelligenz (KI) in Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen in Europa

Von der Gruppe Arbeitgeber

Die derzeitige Vielfalt und das Potenzial von KI-Anwendungen sind nahezu unbegrenzt. Viele Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger nutzen inzwischen KI-gestützte Lösungen, ohne sich dessen bewusst zu sein. Da sich diese innovativen Technologien immer stärker etablieren, müssen sich Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) für KI entscheiden, um ihre Position gegenüber bestehenden und aufstrebenden Wettbewerbern behaupten zu können. Dennoch gibt es aufgrund verschiedener Hindernisse eine Kluft zwischen den Märkten und/oder zwischen Großunternehmen und KKMU bei der Einführung von KI. In einer aktuellen Studie werden die Chancen und Herausforderungen für KKMU in Europa bei der Übernahme von KI beleuchtet.

KI birgt eine Reihe gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gefahren für europäische KKMU. Die größten Herausforderungen sind neben der unzureichenden Kenntnis der Vorteile von KI auf Seiten der Unternehmensleitung und dem Mangel an Kompetenzen bei den (technischen) Mitarbeitern fehlende oder nicht zugängliche Daten. Zudem wird die erfolgreiche Einführung von KI-Technologien in KKMU durch externe Marktbedingungen, wie etwa zu restriktive oder zu weit gefasste Rechtsrahmen, behindert.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen und die Übernahme von KI in KKMU zu fördern, wird in der Studie ein Instrumentarium für politische Entscheidungsträger vorgestellt. Es umfasst folgende Maßnahmen:

- KI-Schulungen und Erwerb der erforderlichen Kompetenzen seitens der Beschäftigten in KKMU, um wettbewerbsfähig zu bleiben;
- Stärkung des zentralen Zugangs zu offenen Daten und Entwicklung von KI-Lösungen bei gleichzeitiger Gewährleistung des Schutzes von Dateneigentum und der Datenkontrolle;
- Ausbau der Finanzinstrumente für KKMU, um die Einbindung von KI in ihre Digitalisierungsbemühungen zu unterstützen;
- Sicherstellung eines transparenten Binnenmarkts für KI-Lösungen, um Risiken zu verringern und ihre Übertragbarkeit auf KKMU zu erhöhen.

Die vollständige Studie finden Sie hier: https://europa.eu/!gy8h4C

Die Studie „Stärkerer Einsatz der künstlichen Intelligenz in Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen in Europa“, wurde auf Betreiben der Gruppe Arbeitgeber vom EWSA in Auftrag gegeben. Verfasser sind SpaceTec Partners und UnternehmerTUM. (dv/kr)



Existenzsichernde Löhne als Beitrag zur Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles

von der Gruppe Arbeitnehmer

Am 10. November war der *Equal Pay Day 2021* – eine Gelegenheit, die Menschen für das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu sensibilisieren, das europaweit durchschnittlich über 14 % beträgt und in einigen Ländern noch deutlich höher ist. In einigen Fällen verbessert sich die Lage zwar tendenziell, in anderen sind jedoch bei dem aktuellen Tempo erst in einigen Tausend Jahren zufriedenstellende Ergebnisse zu erwarten...

Weiter verstärkt wird das Lohngefälle durch das Problem prekärer Beschäftigungsverhältnisse, von dem Frauen in der Regel stärker betroffen sind als Männer (in Europa sind 58 % aller Mindestlohnbezieher Frauen). Niedriglöhne sind für alle Beschäftigten problematisch, am härtesten treffen sie jedoch die besonders schutzbedürftigen Gesellschaftsgruppen. Eine wesentliche Lösung zur Beseitigung des Lohngefälles besteht darin, die Mindestlöhne in Europa zu erhöhen und existenzsichernde Löhne für alle zu gewährleisten.

Dem EGB zufolge würde durch eine Anhebung der Mindestlöhne auf 60 % der Medianlöhne und 50 % der Durchschnittslöhne das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Rumänien um 25 %, in Griechenland um 19 %, in Polen um 12 %, in der Slowakei um 11 % und in Spanien und Luxemburg um 10 % verringert. Dies ist ein weiterer Grund, warum eine Stärkung der EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne von grundlegender Bedeutung ist.

Wie der EWSA im März dieses Jahres betonte, müssen unbedingt angemessene Mindestlöhne gewährleistet und die Tarifverhandlungen gestärkt werden, um die Gesellschaft stabil und innovativ zu machen und das Wohlergehen zu fördern. Existenzsichernde Löhne sind jedoch auch wichtig, um Menschen aus der Armut zu befreien bzw. sie davor zu schützen sowie um die Arbeits- und Lebensbedingungen besonders schutzbedürftiger Menschen, zu denen leider immer noch die Frauen gehören, zu verbessern. Das Gefälle betrifft nicht nur die Löhne, sondern auch die Renten: Das Rentengefälle beträgt 30 %, was auf die erheblichen Unterschiede bei den im Zuge des Erwerbslebens eingezahlten Sozialversicherungsbeiträgen zurückzuführen ist. In einigen Fällen – wie etwa Malta – beträgt dieses Rentengefälle mehr als 42 %.

Die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner müssen gemeinsam mit den europäischen Institutionen und den nationalen Regierungen weiterhin auf die Beseitigung dieses Gefälles drängen. Ihr Engagement ist ein

wesentlicher Bestandteil einer umfassenderen Kampagne, um soziale Fairness und Gerechtigkeit zu gewährleisten und eine bessere Zukunft für Europa zu schaffen. (prp)



Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern EU-Strategie für die Zivilgesellschaft

von der Gruppe Vielfalt Europa

Im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Organisationen der Zivilgesellschaft: Schlüsselakteure für die Zukunft Europas“, die am 5. November 2021 von der Gruppe Vielfalt Europa im EWSA (in Partnerschaft mit Civil Society Europe und mit Unterstützung der Kontaktgruppe und der Interessengruppe Vereins- und Verbandsleben des EWSA) veranstaltet wurde, bekräftigten die Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Dachverbände ihre Forderung nach einer EU-Strategie für die Zivilgesellschaft und einem europäischen Statut für Vereine. Angemessene Folgemaßnahmen im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas und ein regelmäßiger, strukturierter Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden als zentrale Aspekte für die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und die Stärkung der europäischen Demokratie herausgestellt.

Die Teilnehmer und vertretenen Organisationen zeigten sich entschlossen, enger zusammenzuarbeiten, um eine weitere Einschränkung und Verschiebung des zivilgesellschaftlichen Raums zu verhindern und für einen wirksamen bürgerschaftlichen Dialog einzutreten. Vor dem Hintergrund zunehmender politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen konfrontiert sind, werden die Finanzierung, insbesondere für kleine Organisationen, ein wirksamer Rechtsschutz, der Aufbau von Kapazitäten und die Inanspruchnahme bestehender EU-Beschwerdeverfahren wichtige Anliegen sein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmern warben bei den EU-Institutionen um Unterstützung.

An der Konferenz nahmen hochrangige Redner und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Außerdem wurden die ersten Ergebnisse einer EWSA-Studie zum Thema „Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Grundrechte und den zivilgesellschaftlichen Raum“ vorgestellt, die von der Gruppe Vielfalt Europa in Auftrag gegeben wurde. Die Studie wird im ersten Quartal 2022 veröffentlicht.

Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Konferenz sind auf der Website der Gruppe Vielfalt Europa abrufbar und werden in den Beitrag der Gruppe zur Konferenz zur Zukunft Europas einfließen.

Die vollständige Pressemitteilung zu der Konferenz finden Sie hier. (jk)

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



„Die Wahrheit über Lügen“ wird bald enthüllt

Der Startschuss für die 13. Ausgabe von „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) ist gefallen.

Die jährliche Jugendveranstaltung des EWSA findet am 31. März/1. April 2022 online statt. Ausgewählte Schulen aus jedem der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den fünf Kandidatenländern für den EU-Beitritt werden das Thema „Die Wahrheit über Lügen –

Jugendliche entlarven Fake News und Desinformation“ behandeln. Anmeldungen sind jetzt nicht mehr möglich, die Auslosung der teilnehmenden Schulen findet am 9. Dezember statt.

Im Januar und Februar 2022 werden dann EWSA-Mitglieder die Schulen besuchen. Sagen Sie es weiter, wir halten Sie auf dem Laufenden! (ck)



EWSA beteiligt sich am Kunstfestival Europalia und zeigt Choreografie von Boris Charmatz

Anlässlich des Europäischen Jahres der Schiene 2021 zeigte der EWSA einen Kurzfilm des Kunstfestivals Europalia.

Der Kurzfilm ist ein Auszug aus der Tanzdarbietung *La Ronde* des französischen Choreographen **Boris Charmatz**.

Die in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (TEN) im EWSA organisierte Filmvorführung fand am 15. November im Rahmen der **EWSA-Veranstaltung zum Europäischen Jahr der Schiene** statt.

Den Film sehen Sie hier. (ck)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)

Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katharina Radler (kr)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Pablo Ribera Paya (prp)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

10 / 2021